

Für Konrad Adenauer stand die Aussöhnung mit dem jüdischen Volk und dem Staat Israel ganz oben auf der Liste seiner politischen Prioritäten. So erklärte er bereits zwei Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 27. September 1951 im Deutschen Bundestag, es sei die vornehmste Pflicht des deutschen Volkes, im Verhältnis zum Staat Israel und zum jüdischen Volk den Geist wahrer Menschlichkeit lebendig und fruchtbar werden zu lassen. Diese Worte verdeutlichen, dass Wiedergutmachung und der Aufbau eines konstruktiven Verhältnisses zu Israel für Adenauer nicht nur eine realpolitische Frage war – gewissermaßen eine Art Medium zur Überwindung der Isolation Deutschlands nach der Shoah –, sondern dass Adenauer die Aussöhnung mit dem jüdischen Volk als moralischen Eckpfeiler eines neuen, demokratisch-rechtsstaatlichen Deutschlands sah.

Vorsichtiger Start

In diesem Geiste entschied die Leitung der Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahre 1980 – also vor genau 25 Jahren –, in Israel Aktivitäten zu entwickeln. Zunächst bis zum Jahre 1982 von Deutschland aus, danach durch einen entsandten Landesbeauftragten und ein Auslandsbüro in Israel.

Die Entscheidung, eine Vertretung in Jerusalem und nicht wie andere Stiftungen in Tel Aviv oder Herzliya zu errichten, erwies sich als mutig und richtig. Die räumliche Nähe zur israelischen Regierung, zum Parlament, der Knesset und

den wichtigsten israelischen Institutionen ist bis heute ebenso von Vorteil wie die Nachbarschaft zur Regierung der Palästinensischen Autonomie in Ramallah.

Aus sehr vorsichtigen, bescheidenen Anläufen entwickelte sich ein breites Netzwerk mit 35 israelischen und palästinensischen Partnern. Das Konrad-Adenauer-Konferenzzentrum im Herzen von Jerusalem, von der *Jerusalem Foundation* erbaut und von der KAS-Jerusalem unterstützt, ist seit Mai 2001 gefragtes Begegnungszentrum, Ort wichtiger Konferenzen und Seminare für Juden, Christen und Moslems im Nahen Osten.

Begonnen hatte alles mit einer Reise des damaligen Leiters des Institutes für Internationale Solidarität, Lothar Kraft, Ende 1979 nach Israel. In seinem Reisebericht empfiehlt er dem Vorstand der Stiftung, die Arbeit in Israel aufzunehmen, und führt unter anderem aus: „Israel, ein asiatisches Land des Nahen Ostens, zählt zu den Schwellenländern; Projekte können daher aus Mitteln des BMZ finanziert werden. Es sprechen einige Gründe dafür, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel tätig wird: unsere besondere Beziehung zu Israel, die Erinnerung an die Begegnung der beiden großen Staatsmänner Adenauer und Ben-Gurion, die in Israel sehr lebendig geblieben ist, sowie im engeren Sinn entwicklungspolitische Überlegungen zur Förderung der sozio-politischen Entwicklung des Landes.“ Eine unmittelbare Projektzusammenarbeit mit Parteien und Gewerkschaften lehnt Lothar Kraft „zum gegenwärtigen

Zeitpunkt“ ebenso ab wie Projektvorhaben mit Arabern und den Interfaith-Committees. Dafür wird eine Zusammenarbeit mit der Hebrew University (Hebräische Universität) vorgeschlagen, in Verbindung mit verschiedenen zur Auswahl stehenden Projektvorhaben:

1. Projekt Perach (Studentischer Entwicklungsdienst in Israel)
2. Projekt der Paul Baerwald School of Social Work
3. Projekte mit dem Department of Political Science
4. Medienforschung (Institut of Communications)
5. Kommunikationswissenschaftliche Untersuchungen (Institut for Jerusalem Studies)

Vergleicht man diese Vorschläge mit dem heutigen Arbeitsprogramm der Stiftung in Israel, kann man dreierlei feststellen: 1980 musste die Stiftung sehr vorsichtig starten. Die in Israel allgegenwärtige Erinnerung an die Shoa erforderte größte Rücksichtnahmen auf israelische Empfindlichkeiten gegenüber deutschen Institutionen.

Während heute die Konrad-Adenauer-Stiftung praktisch unbegrenzt auf politischem Feld agieren kann, musste damals zunächst eine Begrenzung auf das akademisch-wissenschaftliche Feld in den Blick genommen werden. Die Projektfelder, die 1980 fern jeder Stiftungsaktivität lagen, zum Beispiel innenpolitische Vorhaben, auch die Zusammenarbeit mit Politikern und Parteien, die Förderung und Einforderung der Bürgerrechte für israelische Minderheiten wie Araber, Drusen und Beduinen, aber auch der interreligiöse Dialog zum Beispiel mit der Israel Interfaith Association sind heute selbstverständlicher Teil der Arbeit in Jerusalem.

Wenn schon die Zusammenarbeit mit Arabern in Israel zunächst als problematisch angesehen wurde, war erst recht der Gedanke an israelisch-palästinensische Gemeinschaftsprojekte sowie an eine

durchaus aktive Rolle in der Vermittlung israelischer und palästinensischer Spitzenpolitiker unvorstellbar. Auch fehlten vor Errichtung der palästinensischen Autonomie potente palästinensische Partner und Partnerorganisationen. Heute ist der israelisch-palästinensische Dialog wichtigster Bestandteil der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel.

Der 25-jährige Weg von der Förderung wissenschaftlicher Vorhaben an der Hebräischen Universität zur Mittlerfunktion zwischen zwei immer noch verfeindeten Völkern beschreibt zugleich die tatsächlich wundervolle Entwicklung zu vertrauensvollen deutsch-israelischen Beziehungen.

Fünf Repräsentanten

Von 1982 bis 1987 leitete Norbert Chauvistré das Büro der Stiftung in Jerusalem. Er baute die Verbindungen zur Hebräischen Universität auf und aus, förderte kleinere jüdisch-arabische Projekte mit dem Friedensdorf Neve Shalom und Bnei Brith Schem und entwickelte erste Kontakte mit politischen Parteien. In seine Zeit fielen auch die von Paul Wink in der Zentrale stark geförderten Verhandlungen mit der Stadtverwaltung Tel Aviv mit dem Ziel, in Yaffa ein Konrad-Adenauer-Zentrum zu errichten.

Ihm folgte 1987/88 Hartwig Lürick, der vom Bundesfamilien- und Jugendministerium „ausgeliehen“ war, wo er bereits für den deutsch-israelischen Jugendaustausch gearbeitet hatte. In seine Zeit fiel die Grundsteinlegung für das Konrad-Adenauer-Zentrum in Yaffa durch den damaligen Stiftungsvorsitzenden Bruno Heck und den Tel Aviver Bürgermeister. Ein sehr ehrgeiziges Projekt, das allerdings danach im administrativen Dschungel stecken blieb und heimlich zu den Akten gelegt wurde.

Anschließend von 1989 bis 1994 führte Michael Lange, danach Landesbeauftragter in Südafrika und bis heute in Ägypten, die KAS-Vertretung in Israel. Ihm gelang

Der Präsident des Obersten Gerichtshofes in Israel, Aharon Barak, Justizministerin Brigitte Zypries und Johannes Gerster (links im Bild), auf einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung und der German-Israeli Lawyers' Association zum Thema „Israelische und deutsche Rechtsfragen im Vergleich“. Die Veranstaltung fand im Mai 2005 im Konrad-Adenauer-Konferenzzentrum in Jerusalem statt. Foto: Konrad-Adenauer-Stiftung, Jerusalem



es, mit einer Unterorganisation des Likud-Blockes, ASSI, erste Bildungsseminare zu organisieren und damit die vom rechten Flügel des Likud proklamierte Gesprächs- und Kontaktblockade zu Deutschland zu überwinden. Auch begann er die Zusammenarbeit mit dem Center for Jewish-Arab Economic Development (JAZ), einer Nichtregierungsorganisation, die die jüdisch-arabische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Felde in Israel fördert, und mit dem Moshe Dayan Center an der Universität Tel Aviv, welches die akademische Zusammenarbeit mit dem arabischen Sektor in Israel in den Fokus rückte.

Beide Partnerschaften haben sich bis heute bewährt. In seine Zeit fiel schließlich die Gründung des von der Konrad-Adenauer-Stiftung geförderten Vereins „Koexistenz“, der ein Forum für israelisch-palästinensischen Dialog bilden sollte, aber nach kurzer Lebensdauer aus sehr unterschiedlichen Gründen seine Arbeit wieder einstellen musste. Immerhin brachte die Konrad-Adenauer-Stif-

tung lange vor Oslo israelische und palästinensische Politiker über diesen Verein an einen runden Tisch.

Von 1994 bis 1996 übernahm Gerhard Wahlers, der heute der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit vorsteht, die Landesvertretung in Israel. Ihm gelang es mit Benyamin Netanyahu den ersten amtierenden Likud-Vorsitzenden zu einem Deutschlandbesuch zu bewegen. Damit trugen die langjährigen Bemühungen, Kontakte zur Likud-Partei zu knüpfen, sichtbare Früchte. Wenn man heute die Bedeutung des Likud für die israelische Politik, aber auch die Rolle Sharons für den Friedensprozess richtig einschätzt, kann man ohne jede Übertreibung feststellen: Ohne die über lange Jahre gepflegten Annäherungen der Konrad-Adenauer-Stiftung an den Likud könnte diese heute nicht ihre Mittlerrolle im israelisch-palästinensischen Kontext wahrnehmen. Von besonderer Bedeutung war auch der Ausbau der Kooperation mit dem Center for Jewish-Arab Economic Development und dem

Moshe Dayan Center sowie die Gründung des Helmut-Kohl-Institutes für Europäische Studien an der Hebräischen Universität, das in diesem Jahr auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken kann. Schließlich war auch der Umzug des KAS-Büros vom Jerusalemer Stadtrand in das Zentrum der Stadt mehr als nur von symbolischem Wert. Die Konrad-Adenauer-Stiftung steht heute auch räumlich mitten im politischen Zentrum Jerusalems und Israels.

Im Jahre 1997 folgte der Verfasser dieses Artikels Gerhard Wahlers nach Israel. Auch er versuchte, den Handlungs- und Gestaltungsspielraum der Stiftung in Israel sowie grenzübergreifend in Nahost auszuweiten. Auch gelang es zunehmend, die Partner finanziell an den Projekten zu beteiligen und dadurch das Arbeitsprogramm erheblich auszuweiten.

Heute kann man rund 250 Seminare, Konferenzen und Workshops pro Jahr unter drei Hauptziele subsumieren.

Schwerpunktthema Friedensförderung

Nach dem Motto Konrad Adenauers „Wie wir leben, entscheidet die Innenpolitik, ob wir leben, entscheidet die Außenpolitik“, sind israelisch-palästinensische Gemeinschaftsprojekte eindeutiger Schwerpunkt der Stiftung in Jerusalem. Erst mit der so dringlichen Überwindung des Nahostkonfliktes kann die Existenz Israels dauerhaft gesichert werden, und nur dadurch können die unhaltbaren und teilweise menschenunwürdigen Zustände in den palästinensischen Gebieten überwunden werden.

Israel hat das Recht, in Frieden und Sicherheit zu leben, und die Palästinenser haben das Recht, sich in einem eigenen, unabhängigen Staatswesen selbstständig entwickeln zu können.

Ministerpräsident Ariel Sharon hat nach seiner ersten Wahl im Frühjahr 2001 erklärt, dass er nicht bereit sei, „unter Beschuss“ mit den Palästinensern zu ver-

handeln. Auch der Einwand, dass man Gewalt nicht mit Gewalt, sondern nur durch politische Verhandlungen beenden könne, änderte seine Position kaum. Deshalb hat die KAS-Jerusalem mit Wissen Sharons und übrigens auch Arafats im Jahre 2001 mit ihrem Partner Israel Palestine Center for Research and Information (IPCRI) inoffizielle Arbeitsgruppen mit offiziellen Vertretern beider Seiten gebildet, die zwar nicht über den Frieden verhandeln, aber auf zwei unterschiedlichen Gebieten Einfluss auf beide Regierungen nehmen können: Einerseits werden Tagesprobleme zwischen beiden Völkern durch diese Gesprächsebenen geräuschlos, das heißt ohne Presse, ihren Lösungen näher gebracht. Auf der anderen Seite entwickeln diese *Think Tanks* Lösungsmodelle für eine Beendigung der gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Zu den Tagesproblemen gehörte die Frage, ob bei den notwendigen Sicherheitsvorkehrungen auf israelischer Seite nicht wieder die Tore für palästinensische Gastarbeiter geöffnet werden könnten. Bis zum Ausbruch der zweiten Intifada Ende September 2000 hatten zirka 140 000 Palästinenser aus der Westbank und dem Gazastreifen Arbeit in Israel gefunden. Dies waren Familienväter über 35 Jahre alt mit in der Regel großen Familien, die den Israelis die Garantie gaben, dass sie nach getaner Arbeit wieder nach Hause zurückkehrten und nicht illegal in Israel blieben. Mit der Intifada verloren nicht nur 140 000 Familienväter ihre Arbeit, sondern auch zirka eine Million Familienangehörige ihr monatliches Einkommen. Mithilfe der Wirtschaftsarbeitsgruppe der Stiftung konnte die Zahl der Sondergenehmigungen für Gastarbeiter wieder auf fast 50 000 ausgeweitet werden. Dieses Beispiel zeigt, dass trotz politischer Stagnation in Zeiten der Intifada inoffiziell über Arbeitsgruppen der Stiftung einzelne Probleme im Interesse der Menschen auf beiden Seiten gemindert werden konnten. Weitere Ar-

beitsgruppen redeten über Wasserprobleme, Umweltschutzfragen, Sicherheits- und Grenzregelungen. Sogar eine Strategie-Arbeitsgruppe mit hochrangigen Politikern beider Seiten wurde ins Leben gerufen. Sie brachte zum Beispiel erstmals Teilrückzüge der Israelis aus besetzten Gebieten ins Gespräch, ein Modell, das später von Ariel Sharon als Gaza-Rückzug in die Tat umgesetzt wurde.

Wichtigster Beitrag zur Entwicklung mittelfristiger Perspektiven war die Beratung und Verabschiedung einer *Economic Road Map* als Ergänzung der politischen *Road Map* der USA, der EU, der UN und Russlands.

Schlüssel zur Koexistenz

Sie wurde den vier Großen mit dem Hinweis zur Verfügung gestellt, dass nun einmal in der Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und in der sozialen Verbesserung der Lage der Palästinenser ein – vielleicht der wichtigste – Schlüssel zur friedlichen Koexistenz liegt.

Jedenfalls organisiert und moderiert die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit ihren israelisch-palästinensischen Partnern seit Jahren die stabilsten, zwar inoffiziellen, pressescheuen, aber deshalb so erfolgreichen Dialoge mit Regierungsvertretern beider Seiten.

Da Frieden ohne die Überwindung des Hasses, vor allem auch palästinensischer Jugendlicher gegenüber Israel, kaum denkbar erscheint, arbeiten wir mit unserem Partner Middle East Children Association (MECA) und rund 300 Lehrern auf beiden Seiten an der Entwicklung von Unterrichtsmaterialien, die inoffiziell in den Schulunterricht beider Seiten eingeführt werden.

Man kann diese Bemühungen auf einen kurzen Nenner bringen: Frieden beginnt mit der Erziehung vor allem junger Menschen!

Die israelischen und palästinensischen Lehrer treffen zwei- bis dreimal pro Jahr

in großen Konferenzen zusammen, um zu beraten, wie und auf welche Weise die Unterrichtsmaterialien auf beiden Seiten durch fachgerechte Lehranweisungen im Sinne einer modernen, offenen Demokratieverziehung ergänzt werden können. In fünfzehn gemischten Arbeitsgruppen werden sodann Vorlagen erarbeitet, die von einem Leitungsgremium gebilligt, vervielfältigt über die rund sechshundert Lehrer in den Unterricht eingeführt werden sollen. Dass diese vorsichtigen Unterrichtsergänzungen dem Abbau von Hass, Intoleranz und fundamentalistischer Indoktrination dienen, liegt auf der Hand. Dass dadurch das gegenseitige Verstehen wächst, wird immer wieder anhand glaubwürdiger Präsentation belegt.

Mauern in den Köpfen

Begleitet werden diese beiden so wichtigen Gesprächsprojekte durch gemeinsame Fortbildungsseminare für Journalisten, Studenten und Professoren. Man muss Israelis und Palästinenser in drei- bis viertägigen Seminaren außerhalb der Krisenregion erlebt haben, erst dann wird man verstehen können, wie Mauern in den Köpfen zwar langsam, doch dauerhaft durchbrochen werden können.

Flankiert werden die israelisch-palästinensischen Aktivitäten durch unsere israelisch-jordanischen Wirtschaftskonferenzen, die den Handelsaustausch zwischen beiden Ländern seit 1999 bei zweistelligen Zuwachsraten intensiv befördern.

Auch hier gilt: Die tägliche Zusammenarbeit von Jordanern und Israelis hilft, die von Propagandisten aufgebauten Vorurteile gegen den ungeliebten Nachbarn schrittweise abzubauen.

Das KAS-Büro ist häufig gefragt worden, warum ausgerechnet eine deutsche Organisation helfen kann, Sprach- und Handlungsbarrieren zwischen Israelis und ihren Nachbarn zu überwinden.

Geschichte kann man nicht vergleichen. Aus der Geschichte muss man lernen. Dieser Allgemeinplatz scheint ein Phänomen zu bestimmen, das die Arbeit der Stiftung seit Jahren zunehmend begleitet. Das Wunder der deutsch-israelischen Verständigung nach der Shoah beflügelt manchen weiterdenkenden Israeli, gerade deutsche Organisationen verstärkt zur Förderung von israelisch-palästinensischen Gemeinschaftsprojekten zu drängen. Man kann diese Entwicklung unter die Überschrift setzen: Wenn zwischen Israelis und Deutschen Unmögliches möglich wurde, warum soll solcher Wandel nicht zwischen Israelis und Palästinensern möglich werden?

Aus dem deutsch-israelischen Dialog wurde so längst ein israelisch-palästinensischer Dialog unter starker deutscher Beteiligung. Aus dem Konrad-Adenauer-Zentrum wurde ein Vertrauen schaffender Ort der Begegnung für Juden, Christen und Moslems im Nahen Osten.

Ausbau von Demokratie und Rechtsstaat

Israel verteidigte in den 56 Jahren seines Bestehens die demokratische Grundordnung in einem weitestgehend undemokratischen Umfeld.

Mehr noch, große Bevölkerungsteile in Israel wie die arabische Minderheit (zwanzig Prozent), russische Einwanderer (zwölf Prozent), ultra-orthodoxe Juden (zwölf Prozent), aber auch orientalische Juden können kaum auf eine nach westlichen Vorbildern entwickelte demokratische Erziehung aufbauen.

Durch den Dauerkonflikt mit den palästinensischen/arabischen Nachbarn haben oft Sicherheitsüberlegungen Vorrang vor dem weiteren Ausbau der Zivilgesellschaft. Dies kann nicht gerade als idealer Humus demokratisch-rechtsstaatlicher Entwicklung angesehen werden. Mit anderen Worten: Die demokratische Entwicklung Israels begegnet vielfältigen An-

fechtungen. Deshalb wird die Konrad-Adenauer-Stiftung immer häufiger von bedeutenden Organisationen, Kommunen und Universitätsinstituten als Beraterin für und als Mitorganisatorin von gesellschaftskritischen Foren in Anspruch genommen. Hauptthemen sind oft die Menschen- und Bürgerrechte, die Förderung der Frauen, die Minderheitenrechte der arabischen Bevölkerung und der interreligiöse Dialog. Auch von der israelischen Regierung werden die Dienste des KAS-Büros in Anspruch genommen. So war die Stiftung zum Beispiel an der langjährigen Entwicklung des Entwurfes für ein neues israelisches Zivilgesetzbuch maßgeblich beteiligt.

Entscheidend dabei ist, dass die Stiftung sensibel und diskret die politischen Diskussionen beeinflusst und dabei jegliche Belehrungsattitüde vermeidet. Die Stiftung ist gefragt als Partner, nicht als Besserwisser. Das wäre auch das Letzte, was einer deutschen Organisation in Israel gut zu Gesicht stehen würde. Umso größer war die Freude, als die Universität Tel Aviv anbot, gemeinsam ein Konrad-Adenauer-Programm für jüdisch-arabische Kooperation zu gründen.

Dieses Zentrum ist auf dem Weg, alle Aktivitäten der größten Universität des Landes, welche die arabische Bevölkerung besonders berühren, zu koordinieren und zu steuern.

Diese Arbeit ist umso wichtiger, weil sich die arabische Minderheit in Israel nicht nur benachteiligt fühlt, sondern an objektiven Daten messbar auch benachteiligt ist. Das Leben in weniger entwickelten Randregionen, die arabisch traditionellen, familiären Strukturen mit einem Alleinernährer und großer Kinderzahl sowie mangelnde Karrierechancen der vom Militärdienst freigestellten Familienväter liefern objektive Gründe für eine sozial schwächere Stellung in der israelischen, jüdisch dominierten Gesellschaft.

Mit dem Konrad-Adenauer-Programm an der Universität Tel Aviv können wir das öffentliche Bewusstsein für dieses Problembündel schärfen. Dabei geht es unter anderem um Verbesserungen der Infrastruktur des arabischen Sektors, um den Wohnungs- und Arbeitsmarkt, um das Bildungs- und Ausbildungssystem und um eine stärkere Partizipation im öffentlichen Leben. Eine stärkere Integration der Araber in die israelische Gesellschaft liegt auch im Interesse der jüdischen Mehrheit, die um die Stabilität ihres Gemeinwesens besorgt ist.

Förderung von Beduinen

Eine besondere Rolle spielt in der Arbeit des KAS-Büros auch das Förderungsprojekt an der Ben-Gurion-Universität für Beduinen. Dieses besteht aus zwei Teilen: Ein breit angelegtes Forschungsprogramm liefert die notwendigen Erkenntnisse über die Lage und die Lebenssituation der Beduinen an der Schwelle zur modernen und industrialisierten Welt. Das *Statistische Jahrbuch* über die Beduinen im Süden Israels, das die Stiftung mit dem Zentrum für Beduinenforschung herausgibt, ist längst zum Standardwerk für Politik, Verwaltung, Privatwirtschaft und Wissenschaft geworden. Mit Publikationen über die soziale Lage in den Familien mit bis zu 25 Kindern und der Frauen liefern wir das Basiswissen für politisches Gestalten.

Die Rolle der Frauen, Mängel in der Gesundheitsvorsorge, Probleme in der Erziehung, aber auch Übergangsprobleme auf dem Weg in die Moderne stehen auf der Agenda, wenn Verwerfungen in der rasch wachsenden beduinischen Gesellschaft vermieden werden sollen.

Der zweite, sehr praktische Teil dieses Projektes dient der Förderung von Schülern aus sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen, um ihnen den schweren Sprung in ein Universitätsstudium zu ermöglichen. Unsere Zielgruppe sind auch dabei die Beduinen im Süden des Landes.

An ihren Schulen erhalten sie in der Oberstufe Sonderunterricht in Mathematik, Englisch und Hebräisch. Zugleich belegen sie zusätzliche Kurse freitags an der Ben-Gurion-Universität des Negev, mindestens 130 Lehrstunden pro Jahr, vor allem in Technologie und Naturwissenschaften. Der Abschluss des bisher vierten Studienjahres bestätigte uns erneut: 180 junge Beduinen, mehrheitlich Frauen, haben die Abschlussprüfungen bestanden und können sich nun auf ein akademisches Studium an der Ben-Gurion-Universität freuen.

Dem politischen Vermächtnis Adenauers verpflichtet, steht die Konrad-Adenauer-Stiftung nach wie vor in einer besonderen Verantwortung gegenüber Israel. Auch deshalb hatte der Verfasser im Jahre 1997 mit dem legendären Altbürgermeister von Jerusalem, Teddy Kolk, über den Bau eines Konrad-Adenauer-Konferenzentrums mitten in Jerusalem gesprochen und Absprachen über die Durchführung dieses ehrgeizigen Projektes getroffen.

Israel – Deutschland – Europa

Mithilfe von Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Erwin Teufel, vor allem aber auch mit den Freunden in der Jerusalem Foundation, Ruth Cheshin, Yssachar Ben-Yaakov und Irène Pollak, konnte die Finanzierung des Bauvorhabens auf seriöse Weise gesichert werden.

Im Jahr 2005, rund vier Jahre nach seiner Eröffnung, ist dieses Haus ein anerkanntes Zentrum des deutsch-israelischen Dialoges, aber auch ein stark frequentierter Treffpunkt von Juden, Christen und Moslems. Über zwanzig Jahre nach den ersten Planungen wurde endlich das Ziel eines Konrad-Adenauer-Zentrums in Israel mithilfe bedeutender deutscher Sponsoren erreicht.

Kein einziger Israeli demonstrierte gegen den Bau, und niemand fand ein kritisches Wort gegen die Benennung eines

Konferenzentrums nach einem deutschen Nachkriegspolitiker. Dies spricht für die Normalisierung der Beziehungen, aber auch für das hohe Ansehen, das der Name Konrad Adenauer in Israel genießt.

Andererseits machen die durchaus emotionalen Diskussionen mit hochrangigen deutschen Gästen immer wieder deutlich, dass der deutsch-israelische Dialog, insbesondere in Israel, herausragende Bedeutung behalten muss. Gerade während der zweiten Intifada, als der Tourismus zum Erliegen kam und Pilger das Heilige Land mieden, wurde dankbar registriert, dass im Konrad-Adenauer-Konferenzzentrum der offene und durchaus kritische Diskurs von und mit Deutschen ohne Unterbrechung weitergeführt wurde.

Israel, das sich noch immer von einer feindlichen Umwelt in seiner Existenz bedroht sieht, fühlte sich in den vergangenen Jahren zunehmend von Europa im Stich gelassen. Die häufig unkritische Förderung der palästinensischen Autonomie und die oft einseitige Kritik an der israelischen Politik führten zur Entfremdung Europas im israelischen Denken. Für die Konrad-Adenauer-Stiftung ist es ein Glücksfall, mit dem Helmut-Kohl-Institut für Europäische Studien an der Hebräischen Universität über ein Forum zu verfügen, das den Gedankenaustausch mit dem zunehmend ungeliebten Kontinent weit über den akademischen Rahmen hinaus vertieft. Als *Think Tank* für die Regierung in Europafragen, als Forschungszentrum für Israel-Interessierte, europäische Entwicklungen und als Ort europapolitischer Diskussionen gewann es zunehmend an Bedeutung. Langsam wächst in Israel wieder die Erkenntnis, dass neben einer starken Partnerschaft zu den USA ein zweites, europäisches Standbein für die Stabilität des Staates unverzichtbar ist.

Das Konrad-Adenauer-Konferenzzentrum und das Helmut-Kohl-Institut dienen als Brücke zwischen Israel, Deutschland

und Europa. Dadurch erlangt die Stiftung zunehmend gesellschaftspolitische Relevanz in Israel.

Fortsetzung der Erfolgsgeschichte

Die Verpflichtung der Deutschen, für das Existenzrecht Israels einzutreten, besteht fort. Der Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, für Frieden, Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit zu arbeiten, gilt auch in Israel, aber ebenso in den palästinensischen Gebieten und für die Palästinenser. Darin liegt kein Widerspruch, obwohl beide Seiten die Arbeit auf der anderen Seite oft als Parteinahme für den „Gegner“ interpretieren.

Beide Handlungsmaxime auszutarieren, für Israel und für den israelisch-palästinensischen Ausgleich zu wirken, das jeweils Mögliche realitätsbewusst anzustreben und jede Schlagseite zu vermeiden, darin besteht die Kunst des Mitgestaltens.

Letztlich liegt die Weiterentwicklung der jeweiligen Gesellschaft und der beiden Völker miteinander im Interesse der Israelis und der Palästinenser. Daran mitzuwirken bleibt „vornehmste Pflicht der Deutschen“, denen nach den Untaten des verbrecherischen Nazi-Regimes ebenfalls eine Chance zum Leben in Frieden, Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit gegeben worden war.

Dieses Jahr wurde des sechzigsten Jahrestages des Kriegsendes 1945 und dabei besonders der Shoa gedacht. Man konnte auf vierzig Jahre deutsch-israelische Beziehungen und auf eine 25-jährige Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel zurückblicken. Was für ein Jahr und was für eine Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen!

Die Konrad-Adenauer-Stiftung kann sich ruhig etwas stolz und zufrieden über das bisher Erreichte auf den nächsten Streckenabschnitt wagen. Die bisherige Erfolgsgeschichte sollte man nicht konservieren, sondern weiterschreiben.